

Berlin, den 14.09.2021

DIE LINKE Antwort Wahlprüfstein

Assyrischer Jugendverband Mitteleuropa e.V.
Am Hilligenbusch 31
33098 Paderborn
Sanharib Simsek

per E-Mail: info@ajmev.org

In der Armenien-Resolution wurden die Assyrer und weitere christliche Minderheiten beiläufig erwähnt. Dies verhöhnt die nicht armenischen Opfer und mindert ihr Leid und Entwurzelung. Werden Sie im Fall würdige und eigenständige Anerkennung des Völkermordes an den Assyrern und Griechen anstreben?

DIE LINKE war schon damals, als die Armenien-Resolution verabschiedet wurde, dafür gewesen, Assyrer und Griechen in die Anerkennung des Völkermords einzubeziehen, und wir werden uns auch weiterhin für die angemessene und eigenständige Würdigung ihrer Opfer einsetzen. Gedenken heißt für uns auch: Einsatz für die Bevölkerungsgruppen, die in dieser Region nach wie vor Repression und Ungerechtigkeit ausgesetzt sind. Dazu gehören insbesondere die Assyrer.

Sollten Sie Regierungsverantwortung übernehmen, werden Sie den den Völkermord auch auf Regierungsebene anerkennen und Druck auf die Türkei zur Aufarbeitung des Völkermordes ausüben?
Ja, das haben wir vor.

Da die Assyrer von allen Kriegsparteien in Syrien im Stich gelassen und diskriminiert werden, welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Bekämpfung der Fluchtursachen der Assyrer in Syrien, insbesondere im Hinblick auf die von dem IS zerstörten Gebiete in Nordost Syrien?

DIE LINKE setzt sich für einen umfassenden politischen Prozess in Syrien unter Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität ein. Die andauernde Bedrohung durch islamistische Terrororganisationen und Diskriminierung der Assyrer muss beendet werden. Wir drängen darauf, dass die Bundesregierung endlich aktiv wird, das NATO-Mitglied Türkei anzuhalten islamistische Terrororganisationen in Syrien nicht mehr zu unterstützen. Der politische Prozess muss vom wirtschaftlichen Wiederaufbau begleitet werden. Wir wenden uns gegen die EU- und US-Sanktionspolitik und fordern Sofort- und Wiederaufbauhilfe für alle Teile Syriens.

Die Erfahrungen seit dem Sturz vom irakischen Regime zeigen, dass die Assyrer kein Vertrauen in die bestehenden Sicherheitsstrukturen des Iraks (inklusive KRG) haben können. Würden Sie assyrische Autonomiebestrebungen im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts als indigenes Volk im Irak unterstützen?

Unserer Meinung nach wäre es wichtig, den irakischen Zentralstaat zu erhalten und zugleich föderale Strukturen sowie die Gleichstellung aller Völker im Irak zu stärken. Die Assyrer müssen in ihren Rechten gestärkt werden. Ob das in Form einer regionalen Autonomie, vergleichbar mit der Autonomen Region Kurdistan, ausgestaltet sein sollte, wäre durch die Akteure vor Ort und insbesondere durch die gesamtirakischen Institutionen, v. a. das irakische Parlament, zu entscheiden.

Seit Jahrzehnten werden assyrische Ländereien von kurdischen Kräften im Nordirak geraubt und vereinnahmt. Zum Teil wurden diese vom Baath-Regime enteignet und Enteignungen aktuell von der KRG fortgesetzt. Was werden Sie zur Rückgabe der Ländereien machen?

Wir sind unbedingt der Meinung, dass die Bundesregierung das sehr kritisch gegenüber der Kurdischen Regionalregierung ansprechen muss. Immerhin gibt es eine enge, auch militärische, Zusammenarbeit, deren Fortsetzung wir ohnehin ablehnen. Für uns ist deutlich, dass es eine Kooperation der islamistisch-faschistischen Regierung aus AKP und MHP in Ankara mit der von der Familie Barzani dominierten Kurdischen Regionalregierung gibt, die auf einem strategischen Bündnis zur Ausbeutung der Rohstoffe in der Region Kurdistan-Irak beruht. Es ist beunruhigend zu sehen, dass offenbar auf Grundlage dieses Ausbeutungsbündnisses die Familie Barzani der Türkei Schützenhilfe bei ihrem Krieg gegen die Kurden und den Maßnahmen gegen die Assyrer leistet und die Opposition in der Region brutal unterdrückt. Die Bundesregierung ist gefordert dies gegenüber Erbil kritisch anzusprechen, keine weitere Unterstützung bei Waffen und Ausbildung bewaffneter Strukturen mehr zu gewähren sowie auf die Rückgabe der Ländereien zu drängen.

Jugendverbände, die ethno-religiöse Minderheiten aus dem Nahen Osten vertreten, werden an politischen Prozessen kaum beteiligt. Haben Sie konkrete Pläne zur Förderung der direkten politischen Teilhabe dieser Organisationen?

DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung oder Religion. Sie tritt ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten. Die aktive Beteiligung junger Menschen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist für uns eine unabdingbare Grundlage einer emanzipatorischen Demokratie. Junge Menschen sollen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten und aktiv an der Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen mitwirken können. Wir setzen uns für ein Demokratiefördergesetz für eine dauerhafte, projektunabhängige Finanzierung von Initiativen sowie ein Gemeinnützigkeitsrecht, das Vereinen politisches Engagement erlaubt ein.

MJSO werden teilweise strukturell gefördert, jedoch nicht adäquat gemessen an der Jahrzehntelangen Vernachlässigung und daraus resultierenden fehlenden Entwicklungen. Wie wollen Sie die Arbeit von MJSO finanziell unterstützen, um den vernachlässigten Strukturaufbau dieser Organisationen zu fördern?

Migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen wollen wir durch ein Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft fördern. Das betrifft entsprechend auch MJSO.

Oft wird "über" Betroffene von Rassismus und nicht "mit" ihnen gesprochen. Von den betroffenen Gruppen dienen nicht selten Organisationen, die fragwürdige Ideologien vertreten, als Gesprächspartner für die Politik in Integrations- und Rassismusfragen. Welche Position vertreten Sie in dieser Thematik?

Das soziale Engagement migrantischer Organisationen und Initiativen muss politisch unterstützt werden. Es müssen auch Migrant*innenorganisationen und antirassistische Initiativen die politische Unterstützung und Anerkennung erfahren, die allen anderen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements zuteil wird. Es ist daher eine öffentliche Aufgabe von hoher gesellschaftlicher Bedeutung, jene Organisationen und Vereinigungen zu unterstützen. Wir wollen ein Partizipationsgesetz, um Menschen mit Rassismuserfahrung besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren.